



INFORMATIONEN aus der Forschung des BBSR

Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im
Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



*Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr!*

Ausblick mit Weitblick

Moderne Ressortforschung dient der Vorbereitung, Unterstützung und Umsetzung politischer Entscheidungen und ist untrennbar mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben verbunden. Dies gilt auch für das BBSR als Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des BMVBS, das durch Informationen und Forschungsleistungen auf den Gebieten der Raumordnung, der Stadtentwicklung sowie des Bau- und Wohnungswesens die politische Aufgabenerfüllung des BMVBS fachlich und administrativ unterstützen soll.

Was den Bereich der Raumentwicklung angeht, wurden dem BBR durch das ROG § 25 die Führung eines räumlichen Informationssystems sowie die Erarbeitung von Raumordnungsberichten übertragen. 2010 wird das BBSR – gestützt auf sein räumliches Informationssystem – einen neuen Raumordnungsbericht vorlegen. Er enthält Analysen und Bewertungen der Raumentwicklung, um Herausforderungen für die Politik erkennen und Handlungsbedarf frühzeitig ableiten zu können. Handlungsrichtung ist eine stärker vernetzte, integrative Raumentwicklungspolitik, eine partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land.

Auch in der Stadtentwicklung gilt es, den Wandel urbaner Strukturen in integrativen Ansätzen zu bewältigen. Die Städtebauförderungsprogramme Soziale Stadt sowie Stadtumbau Ost und West sind hierfür gute Beispiele. Leitende Handlungsrichtung für die Forschungsaktivitäten des BBSR ist eine aktive, gestaltende, integrative Stadtentwicklungspolitik, die städtische Transformationsprozesse zur Stärkung urbaner Lebensräume und ihres Umlands besser nutzt. Dies schließt auch die Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung über raumwirksame

Fachpolitiken auf nationaler und EU-Ebene mit ein.

Die laufende Beobachtung und die Analyse der Wohnungs- und Immobilienmärkte schaffen die Grundlagen für ordnungs- und förderpolitische Entscheidungen, die Erfolgskontrolle staatlicher Fördermaßnahmen und ein wirksames Berichtswesen. Zentrale Handlungsfelder sind die energetische Sanierung und die altersgerechte Anpassung des Gebäudebestands, eine wirksame soziale Absicherung des Wohnens und eine nachfragegerechte Bautätigkeit. Es gilt, die Wirksamkeit von Fördermaßnahmen zu evaluieren sowie Finanzierungs- und Förderstrategien weiterzuentwickeln.

Das Bauwesen komplettiert die Ebenen der Forschung im BBSR, vom Gebäude bis zum übergeordneten Raum. Die Wertschöpfungskette Bau ist ein Schlüsselfaktor für die Binnenwirtschaft, deren Rolle als gesellschaftlicher, technischer und ökonomischer Innovationsmotor zu stärken ist. Zudem sind Techniken und Technologien für den weltweiten Export zu entwickeln. Wichtige Aktions- und Forschungsfelder sind das umweltgerechte und energiesparende Bauen und Modernisieren sowie die wirksame Unterstützung von Produkt- und Prozessinnovationen im Bauwesen. Neuerungen im öffentlichen Bauwesen erfordern zudem auch eine Auseinandersetzung mit zukunftsorientierten baupolitischen Zielen zur Entwicklung einer modernen Bauwirtschaft.

Laufende und neue Projekte der anwendungsorientierten Forschung des BBSR werden auch in 2010 zu Erkenntnissen führen, welche die politische Aufgabenerfüllung des BMVBS fachlich unterstützen.

Inhalt:

- Jugendliche als kreative Akteure begreifen
- INTERREG B mit neuer Website online
- Transnationale Zusammenarbeit in Europa
- Raumplanung und -entwicklung in der Ostseeregion
- Smart Home für ältere Menschen
- Neues Internetportal: www.forschungsinitiative.de
- Regionale Klimamodellierung
- Stadtklimawandel
- Regionale Produktionsverlagerungen durch den CO₂-Emissionshandel
- Energy map
- Aktive Stadt- und Ortsteilzentren
- „Schrottimobilien“
- Neuer Internetauftritt bündelt Informationen zur Städtebauförderung
- Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten
- CD-ROM „INKAR 2009“
- *Neues aus der Forschung*



Jugendliche als kreative Akteure begreifen

Neues Forschungsprojekt „Jugendliche im Stadtquartier“

Von anderen Bürgern werden Jugendliche meist als Störer wahrgenommen, ihre Raumeignung als zu laut und schnell empfunden. Auch die bisherigen Erkenntnisse aus dem ExWoSt-Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere (IFAS)“ lassen den Schluss zu, dass gerade Jugendliche in den Stadtquartieren immer weniger Orte und Angebote finden und zunehmend ausgegrenzt werden. Zwar ist es in IFAS zum Teil gelungen, Jugendliche in die vielschichtigen Prozesse der Quartiersentwicklung einzubeziehen. Deutlich geworden ist aber auch die weit verbreitete Skepsis, mit der viele Akteure dieser Gruppe begegnen. So ist es nicht erstaunlich, dass in Stadtplanung und Stadtentwicklung Jugendliche bislang weniger als engagierte Akteure denn als problematische Gruppe behandelt werden. Selbst anspruchsvolle generationenübergreifende Konzepte beziehen sich vor allem auf Familien mit (kleineren) Kindern und Ältere.

Doch wenn durch den Verbleib von Familien in den innerstädtischen Quartieren eine Renaissance der Städte erreicht werden soll, dann ist die Ausrichtung auf die Anforderungen von Jugendlichen und ihre stärkere Einbeziehung in die Stadtentwicklung notwendig. Um Strategien zu erproben, mit denen Jugendliche aktiv in die Prozesse der Stadt- und Stadtentwicklung einbezogen werden können, wurde deshalb in IFAS das Forschungsprojekt „Jugendliche im Stadtquartier“ gestartet.



Foto: Stadt Duisburg

31 Modellvorhaben als Labore

Welches sind die aktuellen Anforderungen Jugendlicher an Stadtquartiere? Was sind geeignete inhaltliche und methodische Ansätze der Beteiligung? Und wie können diese Bedürfnisse so in die Welt der Stadtpolitik und der Planungsämter vermittelt werden, dass dort nachhaltige Resonanz erzeugt wird?

31 Modellvorhaben wurden im Juli 2009 aus einem Feld von 220 Bewerber-Projekten ausgewählt, sie tragen als städtebauliche Labore zur Beantwortung dieser Fragen bei. Hauptkriterium für die Auswahl der Projekte war die innovative Qualität der Einbeziehung Jugendlicher. Die ausgewählten Projekte ermöglichen den Jugendlichen das Mit-Reden, Mit-Entscheiden und Mit-Gestalten in der Quartiersentwicklung. Aufgrund der kurzen Realisierungsphase von September bis Dezember 2009 liegt der Schwerpunkt auf Instrumenten, mit denen Jugendliche ihre Umwelt erkunden und zur Mitwirkung an der Gestaltung von Stadtquartieren animiert werden können. Als besondere Herausforderung beschäftigen sich viele Projekte mit dem kontinuierlichen Transfer der Jugendbelange in Politik und Stadtverwaltung.

Die Bandbreite der Projekte reicht von stadtweiten Strategien wie dem „Jugend-Check für Duisburg 2027“ bis hin zu objektbezogenen Gestaltungsmaßnahmen mit konkreter Bedeutung für das Quartier wie beim „Mellowpark Campus“ in Berlin-Köpenick, wo Jugendliche die sukzessive Aneignung und Nutzung eines Geländes selber planen.

In mehreren Modellvorhaben entwickeln Jugendliche in Workshops konkrete Ideen zur Umgestaltung und Aufwertung öffentlicher Räume, die anschließend probeweise umgesetzt werden. Im Aachener Projekt „Gib der Stadt Dein Gesicht“ gilt dabei besondere Aufmerksamkeit der Verbesserung des Images der Jugendlichen in der Öffentlichkeit. Aus professionell fotografierten Szenarien wird eine Kampagne entwickelt, in der sich die Jugendlichen einer breiten Öffentlichkeit präsentieren.

Auch „klassische“ Planungsverfahren werden durch die intensive Einbeziehung der Jugendlichen verbessert. In Oldenburg fließen bei der Überplanung einer Konversionsfläche die Interessen der Jugendlichen

in Rahmenvorgaben für einen städtebaulichen Wettbewerb ein. Die Jugendlichen werden die Entwicklung des Areals kontinuierlich begleiten und regelmäßig prüfen, wie ihre Belange berücksichtigt werden. Erprobt wird auch die Einbeziehung von Jugendlichen mit Hilfe der Kommunikationsmittel ihrer Alltagswelt. So ist in Frankfurt/Main die Verknüpfung virtueller Welten mit der Umgestaltung eines zentral gelegenen Quartiers Kern des Modellvorhabens. In Erfurt werden Jugendliche ihr Quartier erforschen, Umgestaltungen planen und dann mit Hilfe eines „Jugendfonds“ selbstständig erste kleinere Projekte umsetzen. Die Ergebnisse werden in leeren Ladenlokalen ausgestellt und so in die öffentliche Diskussion um schrumpfende Stadtquartiere eingebracht.

Um aus ihren Erfahrungen eine allgemeingültige Botschaft zu formulieren, kommen jugendliche Vertreter aus allen Modellvorhaben unter dem Titel „young cities now! Jugend.Stadt.Labor“ in Berlin zusammen. Dort formulieren sie ihre Anforderungen an Stadtentwicklung und haben so die Möglichkeit, sich auch auf Bundesebene aktiv in die Politikgestaltung einzumischen.

Aktionsfonds „Jugend macht Stadt“

Zusätzlich erprobt das BBSR mit Hilfe eines Aktionsfonds von 100.000 Euro, wie die Eigeninitiative Jugendlicher für die Quartiersentwicklung genutzt werden kann. Jugendliche steuern den Fonds, entscheiden über die Auswahl der Mikroprojekte, übernehmen die Planung und setzen die Projekte selbstständig um. So wird ein Bauwagen als Treffpunkt ausgerüstet, eine Brachfläche gärtnerisch gestaltet und eine BMX-Strecke angelegt.

Durch dieses mehrschichtige Vorgehen und das breite Spektrum der Modellvorhaben soll ein Überblick über innovative Instrumente geschaffen werden, mit denen Kommunen und andere Akteure gezielt die Beteiligung von Jugendlichen stärken und ihre Angebote besser an dieser besonderen Nutzergruppe ausrichten können. Die 31 Modellvorhaben sind in diesem Sinne echte Labore, in denen getestet werden kann, welches Interesse Jugendliche an der Stadt entwickeln, wenn sie mit den richtigen Mitteln angesprochen werden und wie diese Interessen als qualifizierte Belange in die Stadtplanung eingebracht werden können.

Weitere Informationen:
www.stadtquartiere.de

Kontakt:

Stephan Willinger
Stephanie Haury
Referat I 7
Baukultur, Architektur,
Städtebau
Tel.: 0228 99 – 401 12 75
401 23 08

E-Mail:
stephan.willinger@bbr.bund.de
stephanie.haury@bbr.bund.de

INTERREG B geht online: www.interreg.de

Das BBSR initiiert Informationsplattform zur transnationalen Zusammenarbeit

Seit Anfang dieses Monats ist mit www.interreg.de eine neue Website zum EU-Förderprogramm INTERREG online. Der Fokus liegt auf der INTERREG-Ausrichtung B, die die transnationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumentwicklung fördert. Die neue Website dient als übergreifende Informationsplattform für die interessierte Öffentlichkeit, potenzielle Projektteilnehmer sowie ehemalige und derzeitige Akteure.

Ziel von www.interreg.de ist es, die Kernbotschaften von INTERREG B vorzustellen und so ein Verständnis für transnationale Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit zu schaffen. Deshalb setzt die Website neben allgemeinen Hintergrundinformationen auf die Darstellung konkreter Beispiele, die erstmals aktuellen Themenkontexten zugeordnet sind.

Diese **Leuchtturmprojekte** zeigen anschaulich, wie vielseitig transnationale Zusammenarbeit sein kann und welchen Nutzen sie für Städte und Regionen hat. Potenzielle Projektteilnehmer finden außerdem weiterführende Informationen zu den Programmräumen, den Fördermöglichkeiten sowie die Kontaktdaten der jeweiligen Ansprechpartner. Neu ist auch die Möglichkeit, online auf die **INTERREG-Projektbank** des BBSR zuzugreifen zu können.

Wer regelmäßig Neuigkeiten über INTERREG B per Mail erhalten möchte, kann auf www.interreg.de den neu angebotenen Newsletter bestellen.

Der neue, optimierte Internet-Auftritt www.interreg.de ist Bestandteil eines umfassenden Informationsangebots, mit dem der Ergebnistransfer und die Fachöffentlichkeitsarbeit von INTERREG B geschärft werden sollen. Initiator ist das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

INTERREG_B
ZUSAMMENARBEIT. GRENZENLOS.



Weitere Informationen:
www.interreg.de

Kontakt:

Kerstin Greiling
Referat I 3
Europäische Raum- und
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 –
401 14 18
E-Mail:
kerstin.greiling@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim Selbstverlag des BBSR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 0228 99 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 12,50 Euro (zzgl. Versand)

INTERREG B
ZUSAMMENARBEIT. GRENZENLOS.

Weitere Informationen:
www.interreg.de

Kontakt:

Brigitte Ahlke
Referat I 3
Europäische Raum- und
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 30
E-Mail:
brigitte.ahlke@bbr.bund.de

Transnationale Zusammenarbeit in Europa – die deutschen INTERREG B Erfahrungen (TransCoop 2009)

Berichte, Band 32

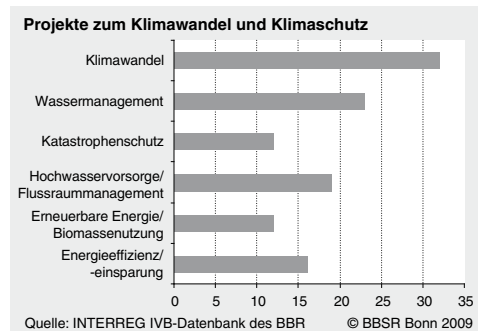
Welchen Beitrag kann die transnationale Zusammenarbeit zum räumlichen Zusammenhalt Europas leisten? Welche Erfahrungen hat Deutschland in der vergangenen Förderperiode 2000, – 2006 mit der staatenübergreifenden Zusammenarbeit im Alpenraum, in Mittel- und Südosteuropa (CADSES), im Nord- und im Ostseeraum sowie in Nordwesteuropa gemacht? Welche neuen Anforderungen gilt es in der aktuellen Förderperiode, die noch bis 2013 läuft, zu beachten und wie sind die aktuellen Programme angelaufen? Welche Schlussfolgerungen können daraus für die zukünftige Zusammenarbeit gezogen werden?

Diese Fragen, die vor dem Hintergrund der bereits angelaufenen Diskussionen zur Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik ab 2014 virulent sind, waren Anlass für das BBSR, den Bericht „Transnationale Zusammenarbeit in Europa – die deutschen INTERREG B Erfahrungen (TransCoop 2009)“ zu erstellen.

Der zweisprachige Bericht (Deutsch und Englisch) geht diesen Fragen nach, indem er zunächst die Herausbildung der „Territorialen Kohäsion“ als neues Paradigma europäischer Raum- und Stadtentwicklungspolitiken nachzeichnet und einen Überblick über die EU-Förderprogramme zum territorialen Zusammenhalt gibt. Die transnationale Zusammenarbeit, dies zeigt die Analyse der Förderperiode 2000–2006, kann wegen ihres großräumigen und integrierten Ansatzes und ihrer transnationalen Strukturen einen besonderen Beitrag zur Förderung des territorialen Zusammenhalts leisten. INTERREG B trägt dazu bei, staatenübergreifende Herausforderungen anzugehen und zu lösen. Über die konkreten projekt- und themenspezifischen Ergebnisse und Wirkungen hinaus entfaltet die transnationale Zusammenarbeit langfristige querschnittsorientierte Wirkungen, wie eine bessere Handlungs- und Steuerungskompetenz bei kommunalen Behörden, ein regionales Qualitätsmanagement und europäisches Benchmarking oder auch das Anstoßen oder die Steuerung von Investitionen.

Die Programme der Förderperiode 2007–2013 wurden angesichts der aktuellen Herausforderungen weiterentwickelt und neu ausgerichtet. Eine der wesentlichsten Änderungen liegt in dem stärker strategisch ausgerichteten Ansatz: Die Projekte müs-

sen aus einem räumlichen Kontext heraus Antworten auf die Anforderungen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung sowie zur Göteborg-Strategie für nachhaltige Entwicklung finden. Die Territoriale Agenda der EU (TAEU), die aufzeigt, wie Raum- und Stadtentwicklung einen Beitrag zur Umsetzung dieser Strategien leisten können, ist hierfür ein wichtiger Orientierungsrahmen. Die Auswertung der ersten Antragsrunden in den fünf INTERREG IVB-Programmräumen mit deutscher Beteiligung zeigt entlang ausgewählter aktueller thematischer Schwerpunkte, wie die Programme und Projekte die aktuellen räumlichen Herausforderungen und die in der TAEU vorgeschlagenen Prioritäten für räumliche Entwicklungsmaßnahmen aufgreifen. Zum Beispiel wird dem Klimaschutz und dem Umgang mit dem Klimawandel – neben der Steigerung der Innovationsfähigkeit Europas – in der aktuellen Strukturperiode besondere Bedeutung beigegeben. Derzeit wird dieses Thema in knapp einem Viertel der bis Mai 2009 genehmigten Projekte (insg. 120) in den fünf Programmen mit deutscher Beteiligung bearbeitet.



Die Auswertungen des Berichtes sind eine Momentaufnahme, die sich mit dem weiteren Fortschritt der Programme ändern wird. Gleichwohl bietet der Bericht mit seinen Analysen und Schlussfolgerungen wichtige Hintergrundinformationen für die Diskussion zur künftigen Ausrichtung der transnationalen Zusammenarbeit. Diese Diskussion bezieht sich zum einen auf die zweite Hälfte der aktuellen Förderperiode: So wird zur Zeit in allen Räumen intensiv über die inhaltliche Ausrichtung der Programme und über eine mögliche Fokussierung der noch verbleibenden Fördermittel diskutiert. Zum anderen werden bereits die Weichen für die Kohäsionspolitik ab 2014 gestellt.

Raumplanung und -entwicklung in der Ostseeregion

Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9.2009

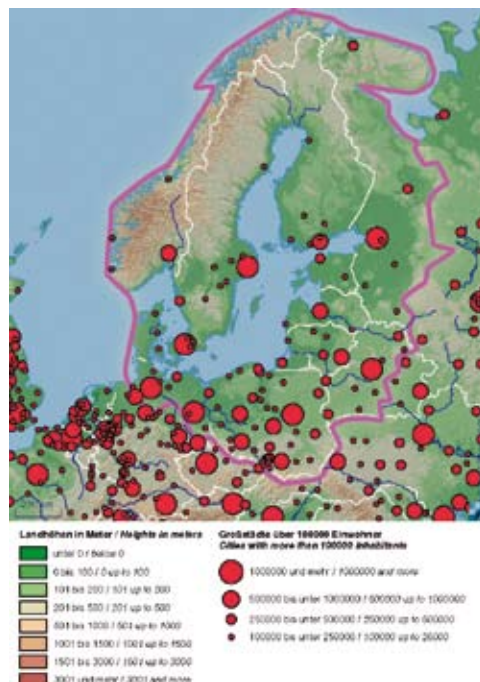
Die Ostseeregion ist eine der dynamischsten Regionen Europas. Vor allem steht sie für Strukturen, die wirtschaftliche Entwicklung mit sozialem Fortschritt und Erhaltung der Umwelt in Übereinstimmung bringen können. Ihre Raumstrukturen weisen Charakteristika auf, die Ansatzpunkte für künftige Entwicklungen bieten, bzw. dabei zu beachten sind. Hauptmerkmal ist die Ostsee selbst als wichtigste gemeinsame Ressource inmitten der Region. Weiterhin gehören dazu vernetzte Standorte der Wissensgesellschaft, ein multimodales Verkehrssystem mit einem hohen Anteil von Luft- und Seeverkehr, eine von weiträumigen Wald- und Seengebieten bestimmte Kulturlandschaft, Städte, die von Traditionen wie der Hanse geprägt sind, Netzwerke von Metropolregionen, aber auch große dünn besiedelte Gebiete. Die wichtigsten Herausforderungen bestehen wohl darin, die hervorragenden Voraussetzungen zur Entwicklung der Wissensgesellschaft zu erschließen und gleichzeitig die Umweltsituation der Ostsee selbst entscheidend zu verbessern sowie eine maritime Raumplanung zu entwickeln. Damit eng verknüpft ist die Aufgabe, multimodale Verkehrssysteme effizienter zu gestalten und gezielt auszubauen sowie die Attraktivität und Vernetzung der Städte und Regionen zu fördern.

Die Ostseeregion ist am stärksten von allen staatenübergreifenden Großräumen Europas durch supranationale Strukturen geprägt. Die politische Zusammenarbeit steht unter dem Dach des „Ostseerates“, einem Gremium der Außenminister der Ostseestaaten. In dessen Rahmen, aber auch darüber hinaus besteht ein vielfältiges Geflecht von staatlicher, nicht-staatlicher, multi- und bilateraler, klein- und großräumiger Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die Ostseeregion steht damit auch für die Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher sozial-ökonomischer Entwicklung, von Staaten der Europäischen Union mit EU-Nachbarstaaten und dabei insbesondere für eine zielgerichtete Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Russland.

Von der Ostseeregion sind eine Reihe beispielgebender Initiativen ausgegangen. So war sie weltweit die erste große Region, die in gemeinsamer Arbeit von Staaten mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau und politischer Zugehörigkeit ein Leitbild für

ihre räumliche Entwicklung (VASAB 2010) und eine Agenda 21 für nachhaltige Entwicklung (Baltic 21) geschaffen hat. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Ostseeregion ein transnationaler Programmraum, in dem Akteure aller Bereiche und Ebenen gemeinsam staatenübergreifende Projekte entwickeln und umsetzen. Deutschland ist darin intensiv eingebunden.

Vor diesem Hintergrund wird das IzR-Heft 8/9 zur Raumplanung und -entwicklung in der Ostseeregion veröffentlicht. Die Veröffentlichung erfolgt nahezu zeitgleich zur Annahme der Ostseestrategie der Europäischen Union sowie der Strategie zur Raumentwicklung (VASAB Long Term Perspective on Territorial Development of the Baltic Sea Region) und liefert zusätzliche Informationen hierzu. Autoren aus elf Staaten rund um die Ostsee stellen ihre Ansichten zur Entwicklung dieser europäischen Makroregion vor. Die Beiträge in deutscher sowie englischer Sprache umfassen Themen wie die Entwicklung von Wirtschaft und Wissensgesellschaft, die Umweltsituation der Ostsee, Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung, Verkehrserreichbarkeit, Raumplanung auf dem Lande und auf dem Meer, Initiativen der territorialen Zusammenarbeit sowie die Entwicklung ausgewählter Teilräume (Inseln, die Barentsregion, die östlichen Anrainerstaaten).



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim
Selbstverlag des BBSR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 0228 99 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag
@bbr.bund.de
zum Preis von 12,00 Euro
(zzgl. Versand)

Auf der BBSR-Website gibt es weitere Informationen zum Thema: Übersichten zu Systemen der Raumplanung, zur Entwicklung der Raumstrukturen aus historischer Perspektive, Daten und Fakten zur Ostsee, zu internationalen Ostseeorganisationen sowie zur transnationalen Zusammenarbeit.
www.bbr.bund.de
> Veröffentlichungen
> IzR

Kontakt:

Dr. Wilfried Görmar
Referat I 3
Europäische Raum- und
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 28
E-Mail:
wilfried.goermar
@bbr.bund.de



Smart Home für ältere Menschen
Handbuch für die Praxis

Berliner Institut für Sozialforschung (BIS)
Sibylle Meyer & Eva Schulze

Die Langfassungen der Forschungsberichte sind über das Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau (IRB) zu beziehen:
Nobelstraße 12
70567 Stuttgart
irb@irb.fraunhofer.de
www.irbdirekt.de



Smarte Technik: der Smart Living Manager (SLiM)
Foto: BIS



Eine Nutzerin Smarter Technologie
Foto: BIS

Kontakt:

Guido Hagel
Referat II 3
Forschung im Bauwesen,
Technisches Gebäudemanagement
Tel.: 0228 99 – 401 14 82
E-Mail:
guido.hagel@bbr.bund.de

Aus der Bauforschungsförderung

Auf Grundlage des Wohnraumförderungsgesetzes hat der Bund Forschungsvorhaben gefördert, die darauf zielen, die Baukosten zu senken und den Bauvorgang zu rationalisieren. Berücksichtigt werden dabei Aspekte des ökologischen Bauens und gesunden Wohnens. Ein kürzlich abgeschlossenes Projekt zeigt, wie neue Technologien das Wohnen im Alter erleichtern.

Smart Home für ältere Menschen

Handbuch für die Praxis

Der Wunsch älterer Menschen nach einem selbstbestimmten Leben erfordert einschneidende Veränderungen von Alltagsorganisation und Lebensführung. Es liegt nahe, Informations- und Kommunikationstechnologien, die in den letzten Jahren in allen gesellschaftlichen Bereichen angewendet werden, auch für den Wohn- und Lebensbereich älterer Menschen nutzbar zu machen. Smart Home steht hier für die Verknüpfung und Steuerung der Haustechnik und Elektronik über ein zentrales Computersystem.

Ein Durchbruch in der Anwendung von Smart-Home-Technologien blieb bisher aus. Die Gründe hierfür sind vielschichtig und lassen sich nicht allein durch offensichtliche Defizite, wie umständliche und wenig attraktive Benutzerführung, teure Installationskosten sowie die geringe Technikaffinität älterer Menschen erklären. Hinzu kommt eine andauernde Zurückhaltung der Wohnungswirtschaft, der Wohnungsbaugesellschaften und sonstiger Investoren der Bauwirtschaft.

Nach ca. 20 Jahren Erfahrung mit Smart-Home-Konzepten eröffnen sich jetzt neue Chancen. Einerseits gehört für immer mehr ältere Menschen der Computer zum Alltag, so dass vorhandene Technikbarrieren weniger spürbar sind. Zudem sind die Bediendisplays und Anwendungsfunktionen benutzerfreundlicher und fehlerresistenter geworden. Beide Entwicklungen führen zu einer höheren Akzeptanz.

Smart-Home-Technologien können die Sicherheit erhöhen, die Pflege erleichtern, direkte Unterstützung im Alltag bieten und präventive Maßnahmen unterstützen.

Welche technischen Entwicklungen zur Unterstützung einer selbständigen Lebensführung im Alter existieren mittlerweile und wie hilfreich sind diese?

Durchgeführt wurden Expertengespräche mit verschiedenen Akteuren, wie Betreibern, Technikern, Leitern von Nachbarschaftsheimen und ambulanten Diensten, sowie qualitative Interviews mit Bewohnern. Zusätzlich wurden zur Bewertung der Nutzerfreundlichkeit der technischen Installationen

strukturierte Beobachtungen der Bewohner während der Nutzung der smarten Technik ausgewertet.

In den evaluierten Wohneinrichtungen sind unterschiedliche Technikkonzepte umgesetzt worden. Ein Teil der Projektträger setzte mehr auf Sicherheitstechnik oder Komfort, der andere legte den Schwerpunkt auf Kommunikation und/oder Prävention.

Einige der evaluierten Beispiele zeigen, dass nicht nur die Wohnung und/oder das Haus, sondern auch die sozialen Kontakte in die technische Vernetzung einbezogen werden sollten. Das soziale Umfeld ist eine zentrale Ressource des Wohnens, soziale Kontakte sind wesentlich für eine befriedigende Lebensführung im Alter.

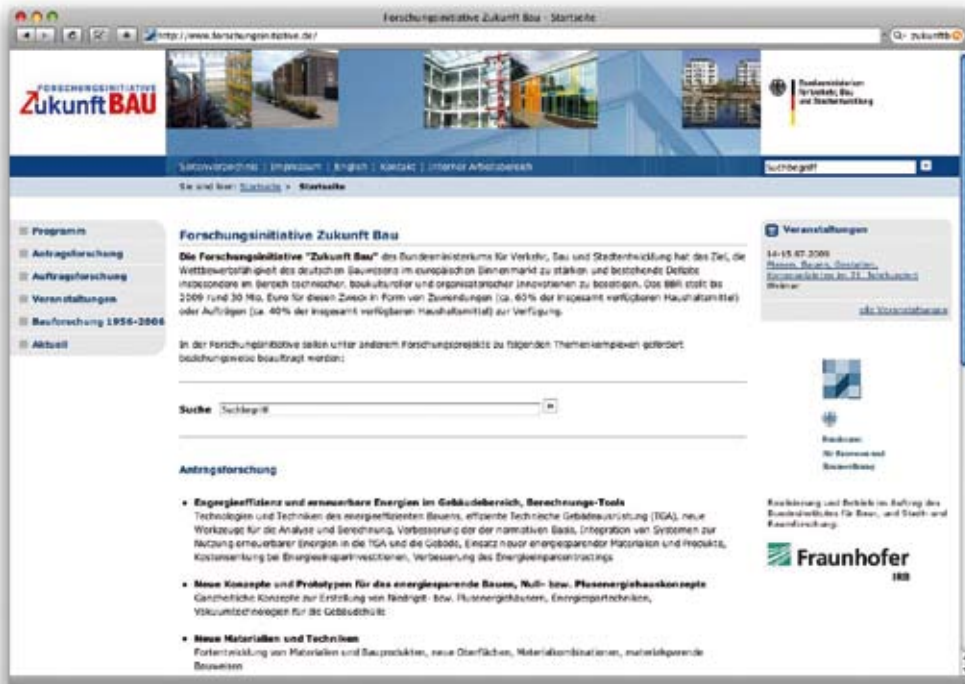
Die Potenziale der klassischen Informations- und Kommunikationstechnologien (Telefon, TV) und umso mehr der neueren IKT (Internet, Mobiltelefone) können neue Formen urban-nachbarschaftlicher Aktivitäten unterstützen. Eingesetzt werden elektronische Medien, um nachbarschaftliche Kontakte zu verbessern und die Kommunikation von Mietern von Wohnanlagen anzuregen.

Die Zufriedenheit der Nutzer kann als groß angesehen werden. Akzeptanzprobleme gibt es eher im Vorfeld. Es ist zudem deutlich geworden, dass für ältere Menschen der Schritt, sich selbst um eine technische Ausstattung zu kümmern, meist eine Überforderung darstellt. In vielen Fällen waren es die Kinder, die ihren Eltern geraten haben, in eine entsprechend ausgerüstete Wohnung zu ziehen, oder die sich kümmern, dass entsprechende smarte Technik angeschafft wird.

Neben dem Überblick der „smarten“ Wohnformen für Ältere stellt der Forschungsbericht Leitlinien und Handlungsempfehlungen für Ältere vor, wie die Wohnungswirtschaft, die Wohlfahrtsverbände, die freien Träger oder persönlich Interessierte erste Schritte auf dem Weg hin zu einem „smarten“ Wohnen im Alter gehen können.

Das neue Internetportal der Forschungsinitiative Zukunft Bau: www.forschungsinitiative.de

Schlussberichte abgeschlossener Forschungsarbeiten stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung



Das neue Internetportal der Forschungsinitiative Zukunft Bau wurde vom Fraunhofer-Informationszentrum Raum und Bau (IRB) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) realisiert. Der Betrieb erfolgt ebenfalls durch das Fraunhofer IRB. Es enthält Informationen und Berichte über sämtliche in Bearbeitung befindliche sowie abgeschlossene Forschungsprojekte, die innerhalb der Forschungsinitiative Zukunft Bau im Rahmen der Auftrags- bzw. Antragsforschung gefördert werden.

Die einfache Suche ermöglicht einen schnellen Zugriff auf die Projekte. Durch Anklicken der einzelnen Titel im Suchergebnis erhält man weiterführende Informationen wie Angaben zu den am Projekt beteiligten Institutionen und Personen, Laufzeit des Projekts sowie eine kurze Inhaltsangabe. Bei abgeschlossenen Forschungsvorhaben führen Links direkt auf die Veröffentlichung des Abschlussberichtes. Kurzberichte in Deutsch und Englisch sowie die Abschlussberichte

stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Neben Informationen über die Projekte der Forschungsinitiative finden sich im Portal auch allgemeine Hinweise auf das Forschungsprogramm und aktuell laufende Ausschreibungen.

Der Bereich Veranstaltungen enthält sowohl Angaben über geplante Seminare, Workshops und Kongresse als auch Dokumentationen der bisher durchgeführten Veranstaltungen.

Das Portal soll außerdem die Kommunikation zwischen allen an einem Forschungsprojekt beteiligten Institutionen, Forschungseinrichtungen, Firmen usw. erleichtern. In einem Passwort-geschützten internen Bereich besteht für alle Zugangsberechtigten die Möglichkeit, wichtige Dokumente wie Anträge, Diskussionspapiere, Arbeitsergebnisse und Protokolle abzulegen.

Das Portal der Forschungsinitiative steht den Nutzern auch mit englischsprachiger Oberfläche zur Verfügung.

Kontakt:

Guido Hagel
Referat II 3
Forschung im Bauwesen,
Technisches Gebäude-
management
Tel.: 0228 99 – 401 14 82
E-Mail:
guido.hagel
@bbr.bund.de



Regionale Klimamodellierung für Anpassungsstrategien – Anforderungen, Leistungsspektrum, Grenzen

Experten-Workshop von BBSR und BMVBS am 5. Oktober 2009 in Bonn

Regionale Klimamodellierungen sind grundlegend für die Entwicklung regionaler Raumentwicklungsstrategien und die daraus abgeleiteten Anpassungsmaßnahmen. Eine gute Abstimmung an der Schnittstelle zwischen Modellierung und Planung ist daher unabdingbar – auch für das MORO-Forschungsfeld „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“. Diese Schnittstellen waren Thema eines Expertenworkshops am 5. Oktober in Bonn, zu dem das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) sowie das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) eingeladen hatten. Die wissenschaftliche Workshopassistentin übernahm das Darmstädter Büro INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner.

Im ersten Teil der Veranstaltung wurden die Anforderungen der Regionalplanung an die Klimamodellierung in kurzen Statements vorgetragen und diskutiert. Es wurde festgestellt, dass Strategien und Maßnahmen der Regionalwirtschaft und Raumplanung bisher auf Erfahrungen und Daten der Vergangenheit gründeten. Dies reiche jedoch in Zeiten des Klimawandels nicht mehr aus. Die Regionalplanung benötige eine fundierte Entscheidungsgrundlage, auf der sie Strategien für die Anpassung an den Klimawandel entwickeln könne. Eine höhere räumliche und zeitliche Auflösung der Klimamodelle sei erforderlich. Zudem sollten regionale Betroffenheiten, Datengrundlagen, Methodik und Modellunsicherheiten transparent und klar verständlich kommuniziert werden. Des Weiteren wurde dargelegt, dass die regionalen Klimaprojektionen für die verschiedenen Nutzergruppen und Handlungsfelder angepasst und entsprechend aufbereitet werden sollten.

Dem stimmten auch die Vertreter der Klimamodellierung zu. Ihnen gehörte der zweite Workshop-Block mit dem Schwerpunkt „Leistungsfähigkeit und Grenzen regionaler Klimamodelle“. Sie boten zunächst einen Überblick über die Möglichkeiten der Klimamodelle REMO, WETTREG und STAR sowie von Ensemblerechnungen. Sie forderten ein Umdenken bei den regionalen Akteuren von der Arbeit mit verlässlichen Prognosen hin zu mit Unsicherheiten behafteten Projektionen. Vollkommen sichere Klimamodelle,

so die Wissenschaftler, werde es nie geben. Daher müssten die Regionalplaner lernen, mit den Unsicherheiten umzugehen, wie sie es in anderen Bereichen, z. B. dem Hochwasserschutz, bereits handhabten. Allerdings sei dies nur mit einem besseren Verständnis für die Entstehung von Szenarien und Klimaprojektionen möglich. Die Forderung von MORO-Modellregionen nach einem „Standard-“Modell für Deutschland, so ein Ergebnis der Diskussion, wird nicht erfüllt werden. Vielmehr sollten die unterschiedlichen Projektionen bewusst für die jeweiligen Anwendungsgebiete genutzt werden, in denen sie jeweils besondere Stärken aufweisen.

Um die zukünftigen Aufgaben der Modellierung und der Raumentwicklung ging es im dritten Teil des Workshops. Die Diskussion zeigte auf, dass nur eine Kombination der Analyse von Klimafolgen, Vulnerabilitäten und Anpassungsfähigkeiten eine Anpassung an den Klimawandel ermöglicht. Das Risikomanagement müsse an die zukünftigen Herausforderungen angepasst werden. Auch müssten die Klimamodelle zukünftig stärker auf die Nutzergruppen und deren Bedürfnisse ausgerichtet werden. Wichtig seien bessere Informationen über die spezifischen Charakteristika der verschiedenen Klimamodelle, um sie bestmöglich einsetzen zu können. Diese Verbesserung der Kommunikation über die regionalen Klimamodelle und ihre Anwendungsgebiete könnte zukünftig Aufgabe des neu geschaffenen Climate Service Center (CSC) und der regionalen (Helmholtz-) Klimabüros sein.

Die Teilnahme vieler namhafter Vertreter aus der Klimamodellentwicklung, der Regionalplanung und Regionalwirtschaft sowie der MORO-Modellregionen machten den hohen Bedarf an mehr Kommunikation und Austausch an der Schnittstelle von Klimamodellierung und Regionalplanung deutlich. Der Bonner Workshop war ein wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen, um eine zielführende Zusammenarbeit zu schaffen und den Folgen des Klimawandels erfolgreich zu begegnen.

Eine umfassende Dokumentation der Workshopergebnisse wird in den nächsten Wochen als BBSR-Online-Publikation erscheinen.



Vortrag Dr. Becker, DWD



Expertenkreis



Kommunikation an der Schnittstelle von Klimamodellierung und Raumplanung

Autoren und Wiss. Workshopassistentin:

INFRASTRUKTUR & UMWELT Prof. Böhm & Partner
Dr. Peter Heiland
Stefanie Greis

Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 07
E-Mail:
fabian.dosch
@bbr.bund.de

BBSR-Workshop „Stadtklimawandel – Vorbereitung der ExWoSt-Modellvorhaben“



Konkrete Fortschritte werden von der UN-Klimakonferenz COP15 7.–18. Dezember in Kopenhagen gefordert; nicht nur beim Klimaschutz, sondern auch bei der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels. Auf nationaler Ebene will Deutschland mit dem „Aktionsplan Anpassung 2011“ der „Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ (DAS) konkrete Handlungskonzepte für die Fachpolitiken folgen lassen.

Start der ExWoSt-Modellvorhaben

So werden u.a. ab Dezember diesen Jahres bis 2012 in ExWoSt-Modellvorhaben „Urbane Konzepte zum Klimawandel“ erprobt. Ein Ziel des Forschungsschwerpunkts 1 „Kommunale Strategien und Potenziale zum Klimawandel“ sind Kommunale Aktionspläne zur Klimaanpassung.

Vorbereitet wurden diese Modellvorhaben durch die ExWoSt-Vorstudie „Klimawandelgerechte Stadtentwicklung“ mit folgenden Zwischenprodukten:

- a) fünf Expertisen, u.a. zum Aufgabenspektrum der Stadtentwicklung, veröffentlicht als BBSR-Online Publikationen 22 bis 26/09;
- b) eine erste Version eines Instruments zur Entscheidungsfindung (DSS) für integrierte urbane Handlungskonzepte zu Klimaschutz und -anpassung;
- c) ein Governance-Prozess zur Entwicklung des integrierten Handlungskonzepts mit Planspielen in drei Städten und Diskussion von Zwischenergebnissen in zwei Expertenworkshops.

Vorbereitungs-Workshop 14.09.2009

Der Expertenworkshop „Stadtklimawandel – Vorbereitung der ExWoSt-Modellvorhaben“ diente neben der Vorstellung der Projektfortschritte zur Vorbereitung und Erörterung der Ausschreibung der Modellvorhaben (24.9. – 30.10.2009).

Am Vormittag wurde ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der Expertisen gegeben, erstellt zu den Themenfeldern: Stadtklimawandel, planerische und rechtliche Instrumente, Governance, Climate-Proof-Planning, Förderprogramme, Leitbilder, Best Practice, Kommunale Klimaschutzkonzepte, Leistungspotenziale der Stadtentwicklung und Umweltgerechtigkeit.

Es folgte die Präsentation des Instruments zur Entscheidungsunterstützung (Testversion s. <http://klima.arena3d.de/>). Webbasiert und abfragegestützt können kommunale Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel ausgewählt, Synergien und Zielkonflikte untereinander dargestellt werden. Ziel des Instruments ist es, den Kommunen Handlungsoptionen als Unterstützung für die Abwägung zur Verfügung zu stellen. Es wird um Best Practices und Gesetzestexte erweitert werden.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion mit Vertretern von Kommunen, deren Spitzenverbänden und der Planspielstädte wurde betont, dass das Entscheidungsunterstützungsinstrument ein Beitrag ist, stärker als bisher den Fokus auf Klimaanpassungsmaßnahmen zu lenken. Notwendig ist die Zusammenarbeit vieler Akteure. Ein Schlüssel zu einer erfolgreichen Klimaanpassungsstrategie muss über den Bestand sowie Privateigentümer und Gewerbetreibende gehen. Kommunen können etwa mit informellen Plänen arbeiten und die Bürger mit Anleitung und Beratung unterstützen. Bewährt haben sich die direkte Bürgeransprache, Zusammenarbeit mit Bürgervereinen oder die Schaffung von Anreizen über Fördermittel. Oftmals reichen schon kleine Beträge aus, um ein wesentlich größeres Investitionsinteresse der Bürger zu wecken.

Anpassung an den Klimawandel erfährt international immer mehr Aufmerksamkeit und wird auch als Chance für die Entwicklung von Stadtregionen angesehen, wie die Präsentation von vier internationalen Beispielen – London, Rotterdam, Ho Chi Minh City und Kapstadt – zeigte.

Der weitere Nachmittag stand schließlich im Zeichen des Ausschreibungskonzepts, der -kriterien und Bewertungsmaßstäbe für das ExWoSt-Modellvorhaben. In der anschließenden Diskussion wurde auch von den kommunalen Vertretern betont, dass Konzepte gewünscht sind, die möglichst viele Akteure sowie Klimaanpassung und Klimaschutz integrieren, innovative Lösungsansätze bieten, über die Gemeindegrenzen hinweg gehen, und gerade für kleine und mittlere Gemeinden Unterstützung vorhalten. Über das Ergebnis dieser Ausschreibung wird Anfang 2010 berichtet werden.



Workshop am 14.09.2009 im BBSR



Teilnehmer des Workshops



Teilpodium

Kontakt:

Dr. Fabian Dosch
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 23 07
E-Mail:
fabian.dosch
@bbr.bund.de



Die Broschüre kann kostenfrei unter dem Stichwort: „BBSR-Berichte KOMPAKT 7/09“ bezogen werden:
 gabriele.bohm
 @bbr.bund.de

Regionale Produktionsverlagerungen durch den CO₂-Emissionshandel

Mit dem Übergang in die zweite Handelsperiode des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) nach 2012 hat sich das klimapolitische Instrument einer Mengensteuerung über handelbare Emissionsberechtigungen in Deutschland und Europa etabliert. Nachdem bislang Emissionsberechtigungen an CO₂-emittierende Anlagen kostenlos zugeteilt worden sind, ist nach dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission vom 26. März 2009 künftig eine vollständige Versteigerung der Zertifikate geplant. Dies hat unter dem Stichwort „Carbon Leakage“ intensive Diskussionen um mögliche negative Standortwirkungen infolge der Versteigerung von Emissionsrechten hervorgerufen. Carbon Leakage meint, dass die Industrieproduktion im Inland durch ein Klimaschutzinstrument so teuer wird, dass in der Folge Produktion und Klimagasemissionen in Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen verlagert werden und dadurch Umsatz und Beschäftigung vor Ort sinken. Auch würden den zunächst geringeren Emissionen unter Umständen höhere Emissionen im Ausland gegenüberstehen. Diese Diskussion wird derzeit vornehmlich auf der europäischen oder gesamtwirtschaftlichen Ebene geführt, gleichwohl erfordert die regionalwirtschaftliche Perspektive des Anpassungsdrucks ebenfalls eine stärkere Beachtung.

Aufbauend auf internationalen empirischen Studien sind solche Branchen gefährdet,

- denen erhebliche Kosten aus dem Emissionshandel entstehen (potenzielle Belastung)
- und deren Produkte einem starkem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind (Handelsintensität).

Um die potenzielle Belastung zu ermitteln, wurden die Kosten des Emissionshandels ins Verhältnis zur jeweiligen Bruttowertschöpfung (value at stake) gesetzt. Berechnet wurden auf Branchenebene Durchschnittswerte, wobei sowohl die indirekten Kosten durch die Verteuerung von Elektrizität als auch die direkten Kosten für den Erwerb von Emissionsberechtigungen betrachtet wurden. Letzteres geschah unter der Annahme einer 100-prozentigen Auktionierung, d.h. Opportunitätskosten spielten keine Rolle.

Die zweite Bedingung für eine tatsächliche Leakage-Gefährdung betrifft die Handels-

intensität. Unternehmen, deren Produkte einem starken internationalem Wettbewerb ausgesetzt sind, haben in der Regel nur begrenzte Möglichkeiten, die Kosten des Emissionshandels an ihre Kunden weiterzugeben, da diese sonst zu den Wettbewerbern wechseln würden, sofern diese keinem vergleichbaren Emissionshandelsregime unterliegen. Als Indikator für die Intensität des internationalen Wettbewerbs dient die sog. Handelsintensität einer Branche. Die Handelsintensität wurde berechnet als der Quotient aller gehandelten Güter – d.h. der Summe aus Exporten und Importen – im Verhältnis zum Angebot. Das Angebot entspricht der Summe aus inländischer Produktion und Importen. Die Handelsintensität wurde als Branchendurchschnitt sowohl für den Handel mit Nicht-EU-Ländern als auch für den Handel mit denjenigen Ländern berechnet, die weder der EU noch der OECD angehören. Vor allem Letztere können als potenzielle „Leakage-Empfängerländer“ betrachtet werden, sofern diese Länder auch nach 2012 keine verbindlichen Klimaziele haben.

Im Ergebnis gelten folgende Branchen für Deutschland als „Carbon Leakage“ gefährdet:

- Roheisen und Stahl,
- Düngemittel und Stickstoffverbindungen,
- Aluminium,
- Papier, Karton und Pappe sowie
- andere anorganische Grundstoffe und Chemikalien.

Diese Branchen sind regional stark konzentriert, wobei sie als Produzent von Vorprodukten für andere Branchen und aufgrund ihrer Vorleistungsverflechtungen auch ein wichtiges Element nationaler bzw. regionaler Wertschöpfungsketten sind. Ob und in welchem Umfang hieraus für einzelne Regionen oder sogar für den Wirtschaftsstandort Deutschland Risiken erwachsen, hängt davon ab, ob die Kosten des Emissionshandels so hoch sind, dass ein derart eingreifender Schritt wie eine Produktionsverlagerung betriebswirtschaftlich rentabel ist. Verlagerungen sind eher unwahrscheinlich, wenn die gefährdeten Branchen kapitalintensiv produzieren

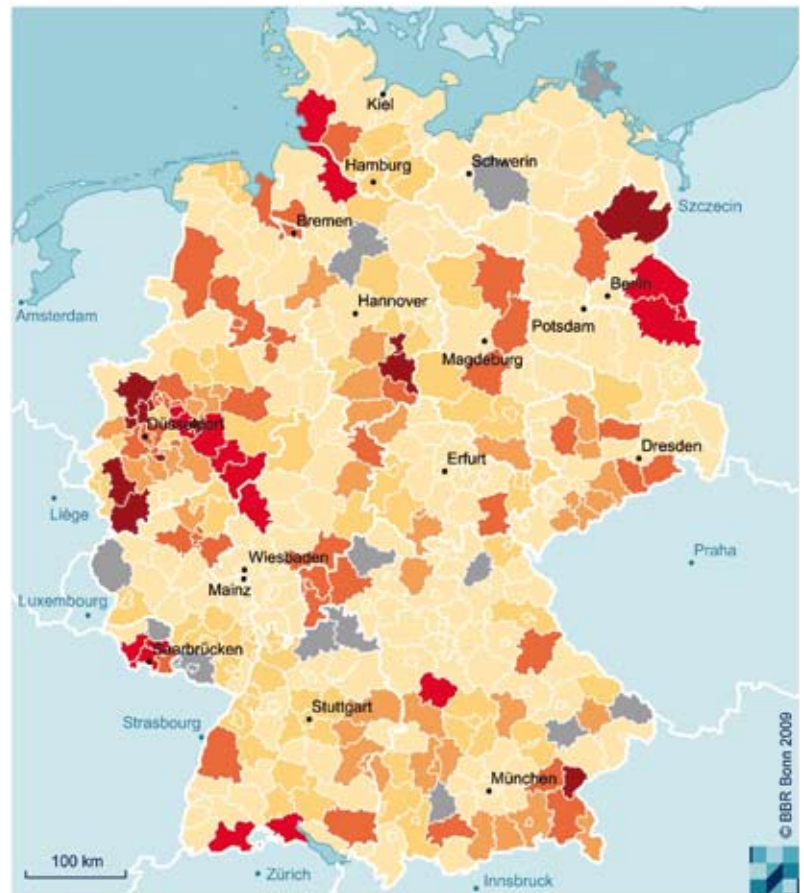
und an bestimmte Standortbedingungen gebunden sind, wobei die Qualifikation der Beschäftigten und historisch gewachsene Vorleistungsverflechtungen eine zusätzliche Standortbindung bedeuten. Oftmals sind die Kosten des Emissionshandels aber nicht die alleinige Ursache, sondern werden erst im Zusammenspiel mit anderen Faktoren, wie z.B. der Erschließung neuer Märkte, entscheidungsrelevant.

Die Karte zeigt das regionale Gefährdungspotenzial durch die genannten Carbon Leakage-Branchen. Als Indikator dient der Beschäftigtenanteil dieser Branchen an den regionalen Beschäftigten insgesamt. Bundesweit haben diese Branchen zusammen einen Beschäftigtenanteil von etwa einem Prozent, wobei die Spanne der Regionalwerte bis zu 13,0 % für Burghausen reicht. In elf Arbeitsmarktreionen ist die potenzielle Betroffenheit durch Carbon Leakage, gemessen an regionalen Beschäftigungsanteilen von mindestens fünf Prozent, als besonders hoch einzuschätzen. Mit Ausnahme von Prenzlau liegen diese Regionen in Westdeutschland. Neben Burghausen weisen die Regionen Leverkusen, Salzgitter, Hagen und Euskirchen die höchsten Werte auf. Zur zweiten Gruppe mit regionalen Beschäftigungsanteilen von drei bis unter fünf Prozent zählen insgesamt zwölf Regionen, davon mit Frankfurt (Oder) auch eine aus Ostdeutschland.

Im Falle tatsächlicher Verlagerungen würden die damit einhergehenden Strukturprobleme regional angepasste Entwicklungsstrategien mit dem Ziel erfordern, den ökologischen Strukturwandel zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Je nach regionaler Problemlage wären hierzu flankierende struktur- und arbeitsmarktpolitische Aktivitäten notwendig, wobei den regionalen Akteuren die Gestaltung der unmittelbaren Standortbedingungen vor Ort obliegt.

Zusätzlich sind diese regionalen Anpassungsstrategien auf der Makroebene klimaschutzpolitisch zu flankieren. Derzeit werden auf EU-Ebene entsprechende Überlegungen angestellt, um die von Carbon Leakage betroffenen Branchen durch eine Ausnahme von der Versteigerung zu unterstützen. Unter Anreizgesichtspunkten sollte ein solches Vorgehen allerdings zeitlich begrenzt sein, damit dem langfristigen Ziel einer möglichst CO₂-armen Produktionsweise gebührend Rechnung getragen wird. Parallel hierzu ist eine räumliche Ausweitung des Emissionshandels über die Europäische

Regionales Gefährdungspotenzial durch Carbon Leakage



Regionaler Beschäftigtenanteil Carbon Leakage (In %)



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: Arbeitsmarktreionen 2008
erstellt auf Basis Verwaltungsgrenzen des BKG 2007,
eigene Fortführung

In der Karte wurden folgende Bereiche als Carbon Leakage berücksichtigt:

- Herstellung von Roheisen und Stahl
- Herstellung von Düngemitteln und Stickstoff
- Herstellung sonstiger anorganischer Grundstoffe
- Erzeugung und erste Bearbeitung von Aluminium
- Holzschliff-, Zellstoff- und Papierindustrie
- Mineralölverarbeitung
- Herstellung von Zement, Kalk und gebranntem Ton

Union hinaus mit der Folge abnehmender Wettbewerbsverzerrungen infolge regional begrenzt wirkender Instrumente anzustreben. Dies gilt auch für den europäischen Emissionshandel selbst, der ebenfalls dem Gebot der Wettbewerbsneutralität zwischen den Mitgliedstaaten genügen muss.

Außerdem gilt es, durch betriebliche Forschung und Entwicklung die CO₂-Intensität der Carbon Leakage-Branchen und die Stromintensität einzelner Produktionsverfahren deutlich zu reduzieren. Hierzu sind durch öffentliche Förderung Anreize zu setzen, die vor allem in den Bereichen der Produkt- und Verfahrensinnovation sowie der Brennstoff- und Ressourcensubstitution wirken sollten.

Kontakt:

Dr. Peter Jakubowski
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 22 43
E-Mail:
peter.jakubowski
@bbr.bund.de

Michael Zarth
Referat I 4
Regionale Strukturpolitik
und Städtebauförderung
Tel.: 0228 99 – 401 22 37
E-Mail:
michael.zarth
@bbr.bund.de

Energy map: Räumliche Auswirkungen der Erfüllung der Energie- und Klimaschutzziele

Einleitung

Das integrierte Energie- und Klimaprogramm (IEKP) der Bundesregierung als nationaler Beitrag zu den gemeinsamen Klimaschutzziele der EU sieht vor, den Anteil der erneuerbaren Energien (EE) am Bruttostromverbrauch bis 2020 auf mindestens 30 % zu erhöhen. Im Jahr 2008 lag der Anteil der EE am Bruttostromverbrauch bei 15,1 % (BMU: EE in Zahlen). Folglich muss der Anteil des „grünen Stroms“ gegenüber dem aktuellen Stand bis 2020 verdoppelt werden.

Energiedaten auf regionaler Ebene sind für räumliche Analysen und Handlungsempfehlungen im Rahmen der Politikberatung von großer Bedeutung. Die raumbezogene Energiedatenbank des Referats I 5 ist hierfür eine wichtige Grundlage. Neben der Untersuchung der Zielerreichungsgrade einzelner Regionen bezüglich der IEKP-Ziele sind u.a. Fragen zum Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Siedlungsstruktur oder zur Bewertung von Optionen dezentraler vs. zentraler Energieversorgung von Interesse.

Daten

Die Liberalisierung des deutschen Strommarktes 1998 hat die Beschaffung von regional differenzierten Daten zu Energieproduktion und -verbrauch sowie zur Versorgungsinfrastruktur deutlich erschwert. Eine neue Möglichkeit der Datenakquise im Bereich der EE bietet § 52 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Danach sind die Netzbetreiber u.a. verpflichtet, die an ihr Netz angeschlossenen EEG-geförderten Anlagen zu veröffentlichen. Diese Statistik erhebt aus verschiedenen Gründen aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Unter anderem erfüllen die Netzbetreiber ihre gesetzliche Meldepflicht nur langsam. Ergänzt wurde mittels eigener Datenrecherchen und -erhebungen. Alte Wasserkraftwerke mussten z.B. einzeln recherchiert werden, da diese nicht nach dem EEG gefördert werden. Das hat zur Folge, dass die recherchierte Wasserkraftleistung lediglich 80 % des vom BMU angegebenen Wertes beträgt. Die Werte für die Windenergie sind weitgehend vollständig, da für diesen Energieträger auf die BBSR-Energiedatenbank zurückgegriffen werden konnte. Angaben zur installierten thermischen Leistung fehlen in der Darstellung. Nach EEG werden lediglich Anlagen gefördert, die Strom erzeugen.

Karteninterpretation

Die höchste installierte Leistung aller erneuerbaren Energieträger hat die Windenergie. Regionen mit einer hohen installierten Windenergieleistung, wie die Raumordnungsregionen Schleswig-Holstein-Nord, Ostfriesland oder Magdeburg, sind auch diejenigen mit der höchsten installierten Gesamtleistung. Die Verteilung der Windenergieleistung zeigt aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten, aber auch bedingt durch die gesellschaftliche und politische Akzeptanz, ein deutliches Nord-Südgefälle. Der überwiegende Teil der Wasserkraftleistung ist topographisch bedingt entlang der Flüsse Isar, Inn, Main, Donau, Rhein und Mosel installiert. Biomasseanlagen sind vorrangig im ländlichen Raum, besonders in Regionen mit Intensivtierhaltung und großflächigem Anbau nachwachsender Rohstoffe installiert. Die Photovoltaik unterscheidet sich aufgrund ihrer dispersen Verbreitung in der Struktur grundlegend von den übrigen Energieträgern. Ein Grund hierfür ist das EEG, das den Betreibern von Kleinanlagen ermöglicht, Strom in das Netz einzuspeisen. Zudem sind Gebiete mit sehr geringer installierter elektrischer Leistung sichtbar. Bei der Karteninterpretation sind die Flächengröße der jeweiligen Raumordnungsregion und der Raumtyp zu beachten. Urban geprägten Regionen wie Berlin oder Hamburg fehlen für bestimmte Energieträger die nötigen Flächenpotenziale.

Aussagen/Anforderungen an die Raumordnung und -entwicklung

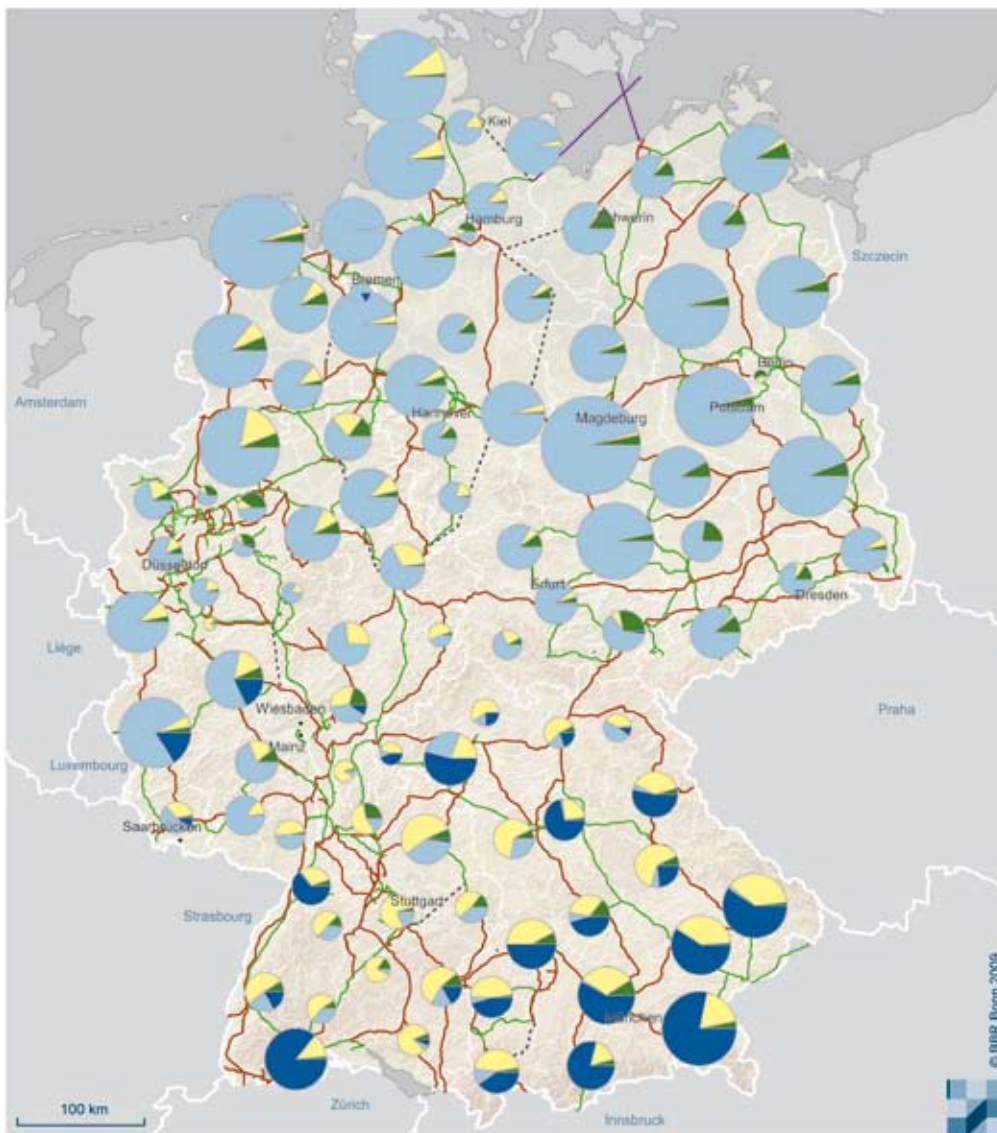
Um die Zielvorgaben von EU und Bundesregierung bis 2020 zu erreichen, besteht weiterer Ausbaubedarf. Dieser wird zu weiteren Flächenkonkurrenzen mit den Belangen des Naturschutzes, des Tourismus und der Kulturlandschaft führen. Das Repowering von Windenergieanlagen wird diese Problematik nicht lösen können, da dies u.a. Flächenneuordnungen erfordert. Repowerter Anlagenstandorte benötigen z.B. einen besseren Netzanschluss und neue Leitungswege. Dies wirft rechtliche Fragen bei der Nutzung von Umspannanlagen auf und erzeugt zusätzliche Kosten. Weitere für die Raumordnung relevante Fragen ergeben sich bezüglich Stromtransport und -speicherung. Stromerzeugung (zunehmend im Norden,

siehe Karte) und Stromnachfrage (Siedlungs- und wirtschaftlich bedingt v.a. im Süden) fallen zunehmend räumlich auseinander.

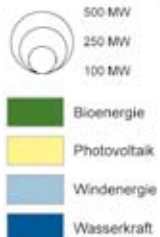
Ausblick

Deutschland kann die geforderten erneuerbaren Energieziele der EU bzw. des IEKP erreichen. Jedoch zeigt sich, dass in einigen Regionen noch großer Nachholbedarf besteht. Für die Erfüllung der Energieziele ist es erforderlich, dass sich die Gebiete mit gegenwärtig noch geringem EE-Ausbau-

grad und auch alle anderen Regionen einer ergebnisoffenen Analyse stellen, um die vorhandenen Potenziale nachhaltig und effizient im Sinne einer ressourcenschonenden Raumentwicklung zu nutzen. Zu einer solchen Analyse sind lokale und regionale Energiekonzepte weiter zu etablieren, die eine geeignete Grundlage für die von der EU geforderten Nationalen Aktionspläne für EE sein können.



Installierte elektrische Leistung erneuerbarer Energieträger



Verbundnetz



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Betreiberdatenbasis, DBFZ, E.on, EnBW, RWE, Vattenfall; Geometrische Grundlage: BKG, Raumordnungsregionen, 31.12.2007

Hinweise: Wasserkraftleistung umfasst keine Pumpspeicherkraftwerke. Geothermie nicht erfasst. Installierte geothermische Leistung bislang noch unbedeutend (220 kW).

Kontakt:

Annika Koch
Lars Porsche
Referat I 5
Verkehr und Umwelt
Tel.: 0228 99 – 401 22 21
401 23 51

E-Mail:
annika.koch
@bbr.bund.de
lars.porsche
@bbr.bund.de



Aktive Stadt- und Ortsteilzentren Das Zentrenprogramm der Städtebauförderung

Broschüre zur Programmstrategie erschienen
www.aktivezentren.de geht online



Die Broschüre kann
kostenfrei bezogen
werden bei:
aktivezentren
@planundpraxis.de

Attraktive Innenstädte, lebenswerte Stadtteilzentren und Ortskerne haben herausragende Bedeutung für die Zukunft unserer Städte und Gemeinden. Innenstädte stiften Identität für die gesamte Stadtgesellschaft. Ortsteilzentren sind Kristallisationspunkte des Alltagslebens. Viele dieser zentralen Stadträume sind jedoch mit Funktionsverlusten und Gebäudeleerständen konfrontiert. Im Zuge des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels müssen sich die zentralen Bereiche immer wieder aufs Neue an veränderte Bedingungen und Anforderungen anpassen, damit Innenstädte und Stadtteilzentren ihre Beiträge für eine zukunftsfähige Stadt leisten können. Die Unterstützung lebenswerter Stadt- und Ortsteilzentren trägt wesentlich zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden bei.

Vor diesem Hintergrund haben Bund und Länder 2008 mit dem Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ einen Förderschwerpunkt gesetzt, der die Programmfamilie der Städtebauförderung zielgerichtet



Brühl

Foto: M. Renner



Wolgast

Foto: M. Renner



Köln

Foto: M. Renner

ergänzt. Das Programm „Soziale Stadt“ kümmert sich um die Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtquartieren. Anpassung, Umbau und Qualifizierung des städtebaulichen Bestands bilden die spezifische Aufgabenstellung der Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“. Der „Städtebauliche Denkmalschutz“ zielt auf den Erhalt und die Revitalisierung historischer Stadtkerne ab. „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ dienen der Beseitigung städtebaulicher Missstände, einer städtebaulichen Neuordnung bzw. neuen Entwicklung. Im Rahmen dieser Städtebauförderungsprogramme wurde und wird Beachtliches auch für die Zentren geleistet. Das jüngste Programm zielt auf die Stärkung zentraler Versorgungsbereiche ab.

Das Anliegen des Zentrenprogramms besteht darin, die stadtbaukulturelle Substanz, die städtebauliche Funktionsfähigkeit, die soziale Vitalität und den kulturellen Reichtum der Innenstädte, Stadtteil- und Ortsteilzentren zu erhalten bzw. wiederzugewinnen. Dabei kommt es darauf an, notwendige funktionale und bauliche Anpassungen sozialorientiert, stadt- und umweltverträglich zu gestalten.

Ziele des Zentrenprogramms

Funktionsvielfalt und Versorgungssicherheit

- Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche als Orte zum Wohnen und Arbeiten, für Wirtschaft und Handel, Kultur und Bildung sowie für Versorgung und Freizeit
- Nutzungsvielfalt durch Stärkung der Wohnfunktion, kultureller und öffentlicher Einrichtungen

Soziale Kohäsion

- Vielfältige Wohnformen für alle gesellschaftlichen Gruppen
- Sozialer Zusammenhalt durch Gemeinschaftseinrichtungen für gruppenübergreifende Begegnung und Austausch

Aufwertung des öffentlichen Raumes

- Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der öffentlichen Räume für alle gesellschaftlichen Gruppen
- Belebung der Zentren durch Raum für Aktivitäten und Orte zum Verweilen

Stadtbaukultur

- Räumliche Vielfalt durch Erhalt und behutsame Anpassung kleinteiliger Raumstrukturen sowie durch Aktivierung und stadtverträgliche Integration freier Räume und Flächen
- Pflege des Stadtbildes durch Erhalt und Schaffung stadtbaukultureller Qualitäten (z. B. mithilfe von städtebaulichen und Architekturwettbewerben)

Stadtverträgliche Mobilität

- Integration und Optimierung von Bahn-, Bus-, Kfz-, Rad- und Fußverkehr
- Barrierefreie und qualitätvolle Gestaltung der Verkehrsräume

Partnerschaftliche Zusammenarbeit

- Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Zentrenentwicklung
- Aktivierung, effektive Mitwirkung und partnerschaftliche Kooperation aller Akteursgruppen der Zentrenentwicklung und Verstetigung kooperativer Prozesse

(u. a. mithilfe von Immobilien- und Standortgemeinschaften)

Diese Ziele geben Orientierung zur Umsetzung des Programms und für die inhaltliche Ausgestaltung der einzusetzenden Instrumente, Maßnahmen und Verfahren. Status Quo und Entwicklungsoptionen der Zentren sind je nach ökonomischen Rahmenbedingungen und Konkurrenzsituation, Identität, Image und Stadtgestalt sehr unterschiedlich. Maßgeschneiderte, von der Stadtgesellschaft getragene Lösungen für die Stadt sind gefragt.

Mit dem Zentrenprogramm zur Stärkung zentraler Versorgungsbereiche wird eine neuartige Kombination von Baumaßnahmen zur Stärkung der Nutzungsvielfalt mit Beteiligungs- und Mitwirkungsmaßnahmen unterstützt. Zu diesem Zweck wird das Instrument des „Verfügungsfonds“ angeboten. Dieser zielt darauf, privates Engagement und private Finanzressourcen für die Erhaltung und Entwicklung zentraler Stadtbereiche zu aktivieren. Zugleich eröffnet der Fonds die Möglichkeit, finanzielle Mittel flexibler und lokal angepasster einzusetzen.

Der Bund hat im Jahr 2009 Bundesfinanzhilfen in Höhe von 43 Mio. Euro (Verpflichtungsrahmen) für das Zentrenprogramm bereitgestellt. Analog zu anderen Städtebauförderprogrammen wurde auch für das Zentrenprogramm 2009 eine Bundestransferstelle eingerichtet. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben liegt im Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen den unterschiedlichen Akteuren, die an der Entwicklung der Stadt- und Ortsteilzentren in den Programmkommunen beteiligt sind. Weitere Tätigkeitsschwerpunkte des beauftragten Büros Plan und Praxis sind die Erfassung des Sachstandes der Programmumsetzung und die Gewinnung von Erkenntnissen für die Weiterentwicklung des Programms. Die Bundestransferstelle wird Informationen im Internet und in Publikationen bereitstellen und sich in Veranstaltungen an die Fachöffentlichkeit wenden.

Bundestransferstelle
„Aktive Zentren“:
Planung und Praxis GbR
Ingenieurbüro für Stadt-
und Regionalplanung
Manteuffelstr. 111
10997 Berlin
aktivezentren
@planundpraxis.de

Kontakt:

Mechthild Renner
Bernd Breuer
Referat I 2
Stadtentwicklung
Tel.: 0228 99 – 401 23 23
401 22 68

E-Mail:
mechthild.renner
@bbr.bund.de
bernd.breuer
@bbr.bund.de

Informationen erhalten Sie unter www.aktivezentren.de





Die Veröffentlichung ist kostenfrei und kann unter dem Stichwort „Werkstatt: Praxis 65“ bezogen werden: forschung.wohnen@bbr.bund.de

Leitfaden zum Einsatz von Rechtsinstrumenten beim Umgang mit verwahrlosten Immobilien („Schrottimobilien“)

Werkstatt: Praxis, Heft 65

In der kommunalen Praxis werden die städtebauliche Entwicklung und die Umsetzung von Stadtumbauaufgaben häufig durch verwahrloste Immobilien – sog. „Schrottimobilien“ – erschwert. Der Umgang mit diesen Objekten ist aufwändig, aber entgegen einer offenbar weit verbreiteten Ansicht keineswegs aussichtslos. Vielfach gelingt es bereits, mit verschiedenen konsensualen Verfahren zu einer Lösung zu kommen. Wo die Freiwilligkeit aber erschöpft ist, sollte das zur Verfügung stehende öffentlich-rechtliche Instrumentarium angewendet werden. Diese Instrumente sind allerdings nur wenig bekannt und ihre Umsetzung stößt in der kommunalen Praxis oft auf Hemmnisse. Dass dies nicht so sein muss, zeigt ein Leitfaden, der aktuell in der Reihe „Werkstatt: Praxis“ erschienen ist.

Zunächst beschreibt der Leitfaden die wesentlichen Merkmale von Schrottimobilien und leitet daraus eine Arbeitsdefinition von verwahrlosten Immobilien bzw. „Schrottimobilien“ ab. Schrottimobilien lassen demnach grob anhand bestimmter physiognomischer Merkmale der Verwahrlosung, im Einzelnen aber nur in einem dynamischen Begriffsverständnis im jeweiligen städtebaulichen Kontext abgrenzen. Sie können in beinahe allen Gebietstypen und Erscheinungsformen vorkommen und finden sich bei unterschiedlichen Eigentümergruppen und Eigentumsverhältnissen. Eine „einfache“ und damit sofort zu einer eindeutigen Lösung führende Definition von Schrottimobilien gibt es nämlich nicht. Umso mehr ist hier eine differenzierte und sensible Vorgehensweise gefragt.

Der Leitfaden stellt die Anwendungsmöglichkeiten von Rechtsinstrumenten im Umgang mit verwahrlosten Immobilien systematisch dar. Dabei werden nicht nur die den Gemeinden vertrauten und gleichwohl selten angewendeten Instrumente des Städtebaurechts behandelt, sondern auch zu wenig beachtete oder „vergessene“ Regelungen berücksichtigt.

Das Gesamtspektrum der Instrumente ist durchaus eindrucksvoll. Behandelt werden im Einzelnen folgende Rechtsgebiete: Bauplanungsrecht, bauordnungsrechtliche Eingriffsbefugnisse, denkmalrechtliche Ein-

griffsbefugnisse, wohnungsaufsichtsrechtliche Eingriffsbefugnisse, Eingriffsbefugnisse zur Beseitigung von Abfällen, Eingriffsbefugnisse nach allgemeinem Ordnungsrecht und Polizeirecht, Vollstreckung von hoheitlichen Eingriffen, Bestellung eines Vertreters von Amts wegen, Eigentumsaufgabe, Vorkaufsrecht im Zwangsversteigerungsverfahren.

Die einzelnen rechtlichen Möglichkeiten werden durch Fallbeispiele illustriert, die Anregungen und Hilfestellungen für die Umsetzung in der kommunalen Praxis geben. Basis ist eine umfangreiche bundesweite Recherche von konkreten Auseinandersetzungen um solche Schrottimobilien. Es werden damit ausschließlich reale Fälle behandelt, anhand derer die grundsätzlichen Anwendungsgebiete und die jeweiligen speziellen Bestimmungen der einzelnen Rechtsinstrumente dargestellt werden. Für ein erfolgreiches Vorgehen ist aber auch das „Wie“ in der Anwendung der Rechtsinstrumente von Bedeutung. Auch hierzu enthält der Leitfaden entsprechende Praxisbeispiele.

Die Diskussion um die stadtentwicklungspolitische Relevanz von Schrottimobilien und geeignete Lösungsansätze ist keineswegs abgeschlossen. Es erscheint vielmehr notwendig und lohnend, den Diskurs zu diesem Thema noch zu intensivieren und den Dialog mit der Praxis auf eine breitere Basis zu stellen. Wichtig dürfte vor allem eine kritische Auseinandersetzung mit der Abgrenzung zwischen allgemeinen Phänomenen der Immobilienbewirtschaftung auf schwachen Märkten und der besonderen Problematik der Schlüsselimmobilien sein.

Der Leitfaden enthält daher auch einige ergänzende Hinweise, wie die Anwendung von Rechtsinstrumenten bei Schrottimobilien in die allgemeinen städtebaulichen Ziele und Planungen eingebettet werden kann. Eine konsistente, mit Ressourcen hinterlegte und vor allem gegenüber den Akteuren auch transparente kommunale Gesamtstrategie kann die Akzeptanz des Einsatzes von Rechtsinstrumenten erheblich erhöhen und eine präventive Funktion ausüben. Fazit: Der Umgang mit Schrottimobilien erfordert Geld und Personal, lohnt sich aber und führt vielfach auch zum Erfolg!

Kontakt:

Mathias Metzmacher
Referat II 12
Wohnen und Gesellschaft,
Soziale Absicherung
Tel.: 0228 99 -401 14 22
E-Mail:
mathias.metzmacher@bbr.bund.de

Neuer Internetauftritt bündelt Informationen zur Städtebauförderung

Die Städtebauförderung ist ein zentrales Instrument der nachhaltigen Stadtentwicklung in Deutschland. Bund und Länder stellen im Rahmen verschiedener Programme Finanzhilfen für Investitionen in die Erneuerung und Entwicklung der Städte und Gemeinden bereit. Damit soll die Funktion der Städte als Wirtschafts- und Wohnstandort gestärkt werden.

Mit dem Städtebauförderungsgesetz von 1971 wurde das rechtliche Instrumentarium für umfassende Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Städten geschaffen. Konzentrierte sich die Städtebauförderung bis 1989 in den alten Bundesländern auf eben diese Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, so entstand ab 1990 ein ausdifferenziertes Förderungsportfolio im Zuge der deutschen Wiedervereinigung, das auf die drängenden Herausforderungen in den neuen Ländern ausgerichtet war.

Mit dem 1999 aufgelegten Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ reagierte die Politik auf die veränderten Rahmenbedingungen in den Städten und entwickelte ein neues gesamtdeutsches Programm. Kennzeichnend für die Soziale Stadt ist der umfassende Programmansatz, der investive und nicht-investive Maßnahmen zur städtebaulichen Erneuerung zusammenfasst. Zur Vermittlung dieses neuen Ansatzes ist erstmals eine sog. Transferstelle eingerichtet worden, die auch ein begleitendes Internetangebot aufgebaut hat. Transferstellen zu den Programmen Städtebaulicher Denkmalschutz, Stadtumbau Ost und Stadtumbau West folgten mit jeweils eigenen Internetauftritten.

Ein einheitlicher Auftritt zur Städtebauförderung fand sich im Internet bislang jedoch nicht. Mit dem neuen Internetauftritt www.staedtebaufoerderung.info soll dies nun erreicht werden. Deshalb haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine umfassende Informationsplattform zu den Bund-Länder-Programmen der Städtebauförderung gestartet. Der Internetauftritt richtet sich sowohl an Praktiker der Städtebauförderung in Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft und Verbänden als auch an fachlich interessierte Bürger.

The screenshot shows the website interface for 'Städtebauförderung des Bundes und der Länder'. It features a top navigation bar with 'Home', 'Soziale Stadt', 'Stadtumbau Ost', 'Stadtumbau West', 'Städtebaulicher Denkmalschutz', 'Aktive Städte und Ortsteile', 'Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen', and 'Investitionspakt'. A search bar is located below the navigation. The main content area includes a title 'Städtebauförderung des Bundes und der Länder', a brief description, and a list of goals under the heading 'Ziele'. A sidebar on the right contains 'Aktuelle' news items and 'Links' to related resources. The footer includes 'Seite drucken' and 'Seite ampfählen'.

Im Mittelpunkt des Internetauftritts stehen die neuen Programme Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Investitionspakt zur energetischen Sanierung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen sowie Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Die Website liefert Hintergrundinformationen zu den Zielen, Handlungsfeldern und Fördermöglichkeiten der Programme.

Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen, Forschungsergebnisse und Veröffentlichungen sollen den Wissens- und Erfahrungsaustausch der beteiligten Akteure fördern. Literatur- und Linklisten sowie Kontaktdaten der Ansprechpartner in Bund und Ländern bieten den Einstieg für vertiefte Recherchen. Interessierte können zudem Newsletter abonnieren, um regelmäßig über Aktuelles aus den Programmen informiert zu werden. Eine umfangreiche Datenbank mit beispielhaften Projekten befindet sich im Aufbau.

Der Internetauftritt soll zukünftig auch die bereits etablierten Städtebauförderprogramme wie Soziale Stadt, Stadtumbau Ost und West und Städtebaulicher Denkmalschutz umfassen und sich zu einer Plattform für den Austausch aller an der Städtebauförderung beteiligten Akteure entwickeln.

Kontakt:

Jürgen Gödecke-
Stellmann
Referat I 6
Raum- und Stadt-
beobachtung
Tel.: 0228 99 – 401 22 61
E-Mail:
juergen.goeddecke@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung kann kostenfrei unter dem Stichwort „Forschungen 137“ bezogen werden bei: gabriele.costa @bbr.bund.de

Bearbeitung:

IfS - Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH, Berlin (Auftragnehmer)
Dr. Rainhard Aehnelt (Leitung),
Prof. Dr. Hartmut Häußermann,
Bärbel Winkler-Kühlken
DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Prof. Dr. Martin Gornig,
Dr. Jan Goebel

Kontakt:

Jürgen Gödecke-Stellmann
Referat I 6
Raum- und Stadtbeobachtung
Tel.: 0228 99 – 401 22 61
E-Mail:
juergen.goeddecke @bbr.bund.de

Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten

Forschungen, Heft 137

Armut und Reichtum gehören zur gesellschaftlichen Normalität. Zu beobachten ist allerdings, dass in der Öffentlichkeit wiederholt Debatten über eine zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich entbrennen und soziale Polarisierungstendenzen konstatiert werden. Untersuchungen deuten darauf hin, dass tatsächlich dem Schlagwort von der „Erosion der Mittelschicht“ gesellschaftliche Veränderungen zu Grunde liegen. Prekarisierung und wachsende Vermögensungleichheit sind weitere Stichworte, die ebenfalls auf einen tiefer gehenden gesellschaftlichen Wandel verweisen. Diese auf gesamtgesellschaftlicher Ebene vielfach untersuchten und diskutierten Phänomene werden allerdings selten in ihrer räumlichen Dimension beachtet. Was diese gesellschaftlichen Trends für die Städte bedeuten, wird in der Regel kaum thematisiert.

Eine sozial verantwortliche Stadtpolitik muss allerdings genau danach fragen, ob und inwieweit soziale Polarisierungstendenzen in den Städten ablaufen. Welche Quartiere sind in besonderer Weise davon betroffen und welchen Umfang haben diese Veränderungen? Dazu liegen kaum vergleichbare Informationen vor. Im Rahmen des Projekts „Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten“ sind der Forschungsstand und die kommunale Berichterstattung zur Entwicklung sozialer Disparitäten umfassend untersucht worden. Darüber hinaus wurden auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) empirische Analysen zur Einkommenspolarisierung unter dem Aspekt räumlicher Ausprägungen vorgenommen.

Das Gutachten, das vom Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erarbeitet wurde, verdeutlicht, welche interessante Ansätze von der kommunalen Sozialberichterstattung entwickelt wurden. Deutlich wird aber auch, wie wenig vergleichbar die Befunde interkommunal sind. Die kommunale Sozialberichterstattung erweist sich insgesamt als höchst heterogen und wenig auf eine kontinuierliche Berichterstattung ausgerichtet. Stadtvergleichende Ansätze werden, abgesehen von der Innerstädtischen Raumbeobachtung, nicht verfolgt. Dies verhindert die

Beschreibung und Analyse kleinräumiger Polarisierungstendenzen in den Städten und erschwert die Formulierung allgemeingültiger Aussagen.

Deshalb wurden ergänzend zur Auswertung der kommunalen Berichte mit Daten des SOEP allgemeine Trends der Einkommensverteilung untersucht und geprüft, ob sich eine wachsende Ungleichverteilung der Einkommen in einer stärkeren sozialräumlichen Differenzierung in den deutschen Großstädten niederschlägt.

Tatsächlich sind Polarisierungstendenzen in den Städten feststellbar. In benachteiligten Quartieren deutet alles auf einen Rückzug der einkommensstärkeren Haushalte hin. In anderen Quartieren ist diese Entwicklung nicht zu beobachten. Die Entwicklung ist mit dem Begriff der Residualisierung genauer zu charakterisieren als mit dem der Polarisierung. Mit Residualisierung ist die zunehmende Konzentration sozial ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen sowie wirtschaftlicher und sozialer Probleme in bestimmten Quartieren gemeint. Der Abstand in der sozialen Situation zur übrigen Stadt vergrößert sich und die Quartiere werden zu Orten sozialer Ausgrenzung, da es für ihre Bewohner kaum noch Möglichkeiten gibt, ihrer von Armut und Ausgrenzung geprägten Situation zu entgehen.

Polarisierungstendenzen sind in Schrumpfungsräumen (vorwiegend in Ostdeutschland) stärker ausgeprägt. Schrumpfung führt offensichtlich nicht zu einer einheitlicheren Einkommensverteilung, sondern stärkt die Bedeutung der Ränder der Einkommenshierarchie. In Regionen, denen es wirtschaftlich gut geht, gibt es zwar auch Polarisierungstendenzen, diese sind jedoch deutlich geringer.

Das Gutachten zeigt: In Teilräumen der Städte sind kritische Prozesse wirksam, die den sozialen Zusammenhalt gefährden. Gerade in Schrumpfungsräumen laufen diese beschleunigt ab, während in stabilen Regionen die Polarisierung gehemmt wird.

CD-ROM „INKAR 2009“ – Standort- und Lebensbedingungen in Deutschland und Europa im Vergleich

Mit der aktuellen Ausgabe 2009 der jährlich erscheinenden CD-ROM INKAR „Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung“ legt das BBSR ein umfassendes Analyseinstrument für Vergleiche der Standort- und Lebensbedingungen in Städten, Kreisen und Regionen vor. Die CD enthält mehr als 450 Einzelindikatoren, die nach insgesamt 24 Themenbereichen gegliedert sind. Das Spektrum umfasst Arbeitslosigkeit, Bauen und Wohnen, Beschäftigung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung und Bevölkerungsprognose, Bildung, Einkommen und Verdienst, Flächennutzung, medizinische Versorgung und Infrastruktur, Öffentliche Haushalte, raumwirksame Mittel, Siedlungs- und Sozialstruktur, Verkehr und Erreichbarkeit sowie Wirtschaft.

Die Indikatoren basieren auf Daten der amtlichen Statistik des Bundes und der Länder sowie von Forschungseinrichtungen und Verbänden. INKAR ermöglicht einen uneingeschränkten Vergleich der Indikatoren sowohl auf räumlicher (z.B. Gemeinden, Kreise, Regionen, Bundesländer, z.T. EU-NUTS-Regionen) als auch auf zeitlicher Ebene. Dazu sind zahlreiche Indikatoren als Zeitreihe mit Werten für Einzeljahre, beginnend mit 1995, berechnet worden. Aktuelles Bezugsjahr der Indikatoren ist im Allgemeinen das Jahresende 2007. Zu jedem Indikator gibt es darüber hinaus detaillierte Informationen über statistische Grundlagen, Berechnungsalgorithmus, Hinweise zur Interpretation und zum Aussagegehalt.

Modernes nutzerfreundliches Arbeitsmittel

INKAR 2009 präsentiert sich als modernes Arbeitsmittel und ermöglicht einen flexiblen Zugang zu vielfältigen regionalstatistischen Informationen. Das nutzerfreundliche Assistentenkonzept bietet zahlreiche Optionen zur raum- und zeitvergleichenden Analyse regionaler Lebensbedingungen.

In wenigen Schritten können alle Indikatoren als thematische Karte dargestellt werden, beispielsweise zum Anteil der Hochschulabsolventen in den Landkreisen, zur durchschnittlichen Rentenhöhe oder zur Prognose der Schülerzahlen. Die farbliche Darstellung der Flächen, das Klassenbildungsverfahren und die Anzahl der Werteklassen können vom Nutzer beliebig modifiziert werden. Eine stufenlose Zoomfunktion ermöglicht die vergrößerte Darstellung von

Kartenausschnitten mit zusätzlichen Detailinformationen. Die komfortable Visualisierung der Indikatoren erlaubt einen schnellen Überblick über das Ausmaß regionaler Unterschiede.

Die Indikatorenwerte werden ebenfalls als Tabelle ausgegeben. Diese kann für vertiefende Analysen wie z.B. Rankings von Kreisen und Regionen genutzt werden. Alle Indikatoren können auch als Säulen-, Linien- oder Kreissektordiagramm dargestellt werden. Die Karten, Grafiken und Tabellen können gedruckt und in allen gängigen Formaten einschließlich html ausgegeben werden.

Mit der CD-ROM bietet das BBSR ein umfassendes, detailreiches Instrument mit aktuellen Informationen für alle diejenigen an, die an genauen Kenntnissen über die Standort- und Lebensbedingungen in Städten, Kreisen und Regionen interessiert sind und verlässliche Grundlagen für die Informationsvermittlung (etwa Medien, Schulen), für politische und wirtschaftliche Planungen und Entscheidungen oder für regionale Marktanalysen benötigen. Weitere detaillierte Informationen zu INKAR und zum räumlichen Informationssystem auf der Website des BBSR unter www.bbsr.bund.de.



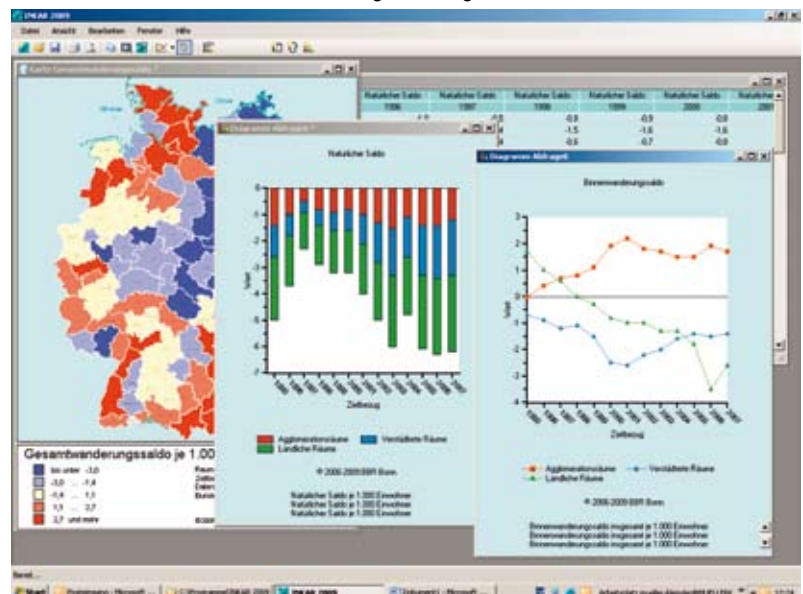
Die CD-ROM „INKAR 2009“ ist zum Preis von 45,00 Euro zzgl. Versand zu beziehen beim Selbstverlag des BBSR, Postfach 20 01 50 53156 Bonn
E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de

Kontakt:

Helmut Janich
Petra Kuhlmann
Renate Müller-Kleißler
Referat I 6
Raum- und Stadtbeobachtung
Tel.: 0228 99 – 401 22 58
401 22 63
401 23 06

E-Mail:
helmut.janich@bbr.bund.de
petra.kuhlmann@bbr.bund.de
renate.mueller-kleissler@bbr.bund.de

INKAR 2009 – Komfortable Visualisierung mit wenigen Mausklicks



Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag
 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
 im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
 Deichmanns Aue 31 – 37, 53179 Bonn
 Telefon: 0 228 99 - 4 01 - 0
 Telefax: 0 228 99 - 4 01 - 22 66
 Web: www.bbsr.bund.de

Selbstverlag des BBSR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Elke Pahl-Weber, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockschecker

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBSR erscheinen in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.

Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBSR 6/2009 – Dezember

ISSN 1434 – 9590



Neues aus der Forschung – www.bbsr.bund.de

Neue *Internetbeiträge aus der Forschung* finden Sie auf der Internetseite des BBSR www.bbsr.bund.de unter **Aktuell/Internetbeiträge**. Seit der letzten Ausgabe der BBSR-Info sind dies:

I. Neue Projekte in der Rubrik **Forschungsprogramme**:

Allgemeine Ressortforschung / Raumordnung

- Weiterentwicklung und Aktualisierung des Schätzansatzes zur formalen und effektiven Inzidenz raumwirksamer Bundesmittel
- Evaluierung und konzeptionelle Weiterentwicklung des Schätzansatzes zur formalen und effektiven Inzidenz raumwirksamer Bundesmittel

Zukunft Bau / Auftragsforschung

- Leitfaden für ganzheitliche Planungskonzepte für energieeffizientes Bauen im Bestand mit Blick auf die Auswirkungen auf das architektonische Erscheinungsbild
- Leitfaden Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei der Vorbereitung und Durchführung von Hochbaumaßnahmen

II. Neuen Themen/Fachbeiträge in der Rubrik **Fachthemen**:

Wohnungswesen / Wohnungspolitische Analysen / Wohnungsmarkt und Stadtentwicklung / Fachbeiträge

- Wohnen im Alter

Fachpolitiken / Energie, Umwelt / Emissionshandel

- Räumliche Verteilung der CO₂-Emissionsberechtigungen

Fachpolitiken / Fläche, Landschaft / Flächenmonitoring / Fachbeiträge

- Flächeninanspruchnahme 2005 – 2007

Kontakt:

Dr. Karin Veith
 Referat SWD
 Stab Wissenschaftliche
 Dienste
 Tel.: 0228 99 – 401 22 97
 E-Mail:
 karin.veith
 @bbr.bund.de

III. Neue Themen / Fachbeiträge in der Rubrik **Raumbeobachtung**

Komponenten / Raumwirksame Mittel

- Auswertung 2007 liegt vor

IV. Downloads zu aktuell erschienenen *Publikationen* finden Sie in der Rubrik **Aktuell** unter **Veröffentlichungen**

V. Alle *Veranstaltungen* finden Sie in der Rubrik **Aktuell** unter **Veranstaltungen**.